



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 15. Mai 2018
Kantonsratspräsidentin Vroni Thalman-Bieri

P 489 Postulat Arnold Robi und Mit. über die kundenfreundliche Rechnungsstellung aus dem Strassenverkehrsamt / Justiz- und Sicherheitsdepartement

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.
Robi Arnold hält an seinem Postulat fest.

Robi Arnold: Zuerst wird in unserem Rat eine Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer durchgewinkt, was der Bürger im Zusammenhang mit der finanziellen Lage des Kantons zähneknirschend tolerierte. Die höheren Prüfgebühren und die zusätzliche Abgabe von Fr. 1.50 für die Papierrechnung wurden als nicht zielorientiert empfunden und führten bei der Bevölkerung zu grossem Unmut gegenüber der Regierung. Für meine Fahrzeuge erhalte ich insgesamt 15 Rechnungen, das heisst also, ich muss auch 15-mal Fr. 1.50 bezahlen. Es kann nicht sein, dass für jedes Nummernschild eine Einzelrechnung gestellt wird. Die in unserem Kanton angesiedelten Transportunternehmen wie Galliker, Häfliger, Bucher, Blätter oder die Auto AG würden eine Sammelrechnung sehr begrüessen, vor allem in einem Kanton, der alles digitalisieren will. Da die Kantone Wallis, Schwyz, Ob- und Nidwalden, St. Gallen und Uri seit 2009 Sammelrechnungen anbieten, stellt sich die Frage, warum sich unsere Regierung so dagegen wehrt. Die Transportunternehmen können das Verhalten der Regierung nicht verstehen. Es kann doch nicht so schwierig sein, Sammelrechnungen einzuführen. Bei Flottenverträgen, wie sie Versicherungsgesellschaften anbieten, werden auch Sammelrechnungen angeboten. Somit sollte auch das Strassenverkehrsamt solche Rechnungen anbieten können. So könnte beispielsweise Ende Jahr eine Abrechnung gemacht und eine Sammelrechnung gestellt werden. Somit wäre nur eine Rechnung mit dem geschuldeten Endbetrag zu begleichen. Die Abgabe von Fr. 1.50 würde so nur einmalig fällig. Es ist mir klar, dass der Kanton auf diese Weise weniger Einnahmen erzielen würde. Aber hier handelt es sich um eine weitere Abgabe, das heisst eine Mehrabgabe, die mit Sparen nichts zu tun hat. Ich bitte Sie, meinem Postulat zuzustimmen.

Othmar Amrein: Die Stellungnahme des Regierungsrates ist klar und nachvollziehbar. Die heutige Lösung ist effektiv, produktiv und somit auch effizient. Im Namen der FDP-Fraktion bitte ich Sie, das Postulat abzulehnen.

Peter Fässler: Es scheint logisch zu sein, nur eine statt mehrere Rechnungen für die in etwa gleiche Sache zu stellen. Braucht es für zwei Autos tatsächlich auch zwei separate Rechnungen? Die Stellungnahme der Regierung zeigt jedoch auf, dass beim Strassenverkehrsamt mit Ausnahme der Verkehrssteuer auch Sammelrechnungen erstellt werden. Aus der Stellungnahme wird klar ersichtlich, warum es problematisch ist, für die Verkehrssteuer Sammelrechnungen zu erstellen. Solche Sammelrechnungen wären sowohl für das Strassenverkehrsamt als auch für Grosskunden mit verschiedenen Kostenstellen zu aufwendig. Zudem würden neue, teure Softwarelösungen benötigt. Konsequenterweise müssten die Kunden ebenfalls auf die erwähnte Business-to-Business-Lösung einsteigen. Es

ist löblich, dass das Strassenverkehrsamt diese Lösung stärker vermarkten möchte. Was im ersten Moment als sehr simpel erscheint, erweist sich bei genauerer Betrachtung als ein sehr komplexes Gebilde. Das ist nichts Neues in der Politik. Aber noch immer gibt es Gruppierungen, die das nicht so sehen und dem Volk etwas anderes predigen. Die vom Postulanten geforderte Rechnungsstellung ist nicht kundenfreundlich und mit zusätzlichem personellem und finanziellem Aufwand verbunden. Die SP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Ludwig Peyer: Ich bitte Sie auch im Namen der CVP-Fraktion, das Postulat abzulehnen. Der Postulant hat in seiner Begründung eine Strafgebühr für eine Papierrechnung erwähnt. Erst mit der Einführung dieser Strafgebühr scheint einigen bewusst geworden zu sein, dass separate Rechnungen gestellt werden. Ich habe aber von niemandem gehört, dass ihn die aktuelle Form der Rechnungsstellung störe. Wir lehnen das Postulat auch wegen der zentralen Erkenntnis ab, dass unser Rat gut beraten ist, sich nicht in die operative Geschäftsführung von Dienststellen einzumischen. Das Strassenverkehrsamt kennt sich mit der Rechnungsstellung viel besser aus als wir.

Michèle Graber: Die Forderung, dass für Halter von mehreren Fahrzeugen nur eine Sammelrechnung gestellt wird, ist sicher gut gemeint. Leider ist das ganze Vorgehen nicht mit allen Konsequenzen fertig durchdacht. Ich bin überzeugt, dass die Führungsetage des Strassenverkehrsamtes das Bedürfnis hat, administrativ möglichst effizient und kostengünstig zu arbeiten. Dabei ist die Automatisierung aller Abläufe wohl das Mittel der Wahl. Dazu gehören standardisierte Rechnungsstellungen und ein standardisiertes Inkasso- und Mahnsystem. Mit einer Sammelrechnung bei Abmeldungen und Ummeldungen von einzelnen Fahrzeugen sind diese Automatismen nicht wirklich gewährleistet und führen zu einem Mehraufwand und Mehrkosten. In der Stellungnahme des Regierungsrates wird diese Endlosschleife gut dargestellt. Nach der Berücksichtigung dieser Konsequenzen – hier geht es ja um ein Vorinkasso bei den Autosteuern – erachten wir das heutige Vorgehen des Strassenverkehrsamtes als zielführend und lehnen das Postulat ab.

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektor Paul Winiker.

Paul Winiker: Es ist nicht so, dass sich das Strassenverkehrsamt weigern würde, Sammelrechnungen zu erstellen. Für abgeschlossene Geschäfte gibt es Sammelrechnungen mit bis zu 15 Positionen. Für die Verkehrssteuer macht aber eine Sammelrechnung keinen Sinn, weil es sich um Verfügungen handelt. Für Grosskunden lohnt sich die Business-to-Business-Lösung ab fünf Fahrzeugen. Durch die Business-to-Business-Lösung kommt es sowohl bei den Kunden als auch im Strassenverkehrsamt zu administrativen Einsparungen. Zudem sparen die Kunden durch den Wegfall der Papierrechnung den Betrag von Fr. 1.50 ein. Das Strassenverkehrsamt unternimmt alle Anstrengungen, um noch kundenfreundlicher zu werden; dazu gehört auch Werbung für die Business-to-Business-Lösung. Ich bitte Sie, das Postulat abzulehnen.

Der Rat lehnt das Postulat mit 84 zu 14 Stimmen ab.